

NACHRICHTEN

BILDUNG

Landesregierung streicht weniger Lehrerstellen

Zum Schuljahresbeginn 2014/2015 werden in Baden-Württemberg deutlich weniger Lehrerstellen gestrichen als ursprünglich geplant. Die Haushaltskommission der Landesregierung einigte sich darauf, 20 Millionen Euro für das Kultusministerium zur Verfügung zu stellen, um Mehrbedarf zu decken, der sich insbesondere durch den Ausbau von Ganztagschulen und die Integration Behinderter an den Regelschulen ergibt. Das teilte das Staatsministerium mit. Wie viele Stellen damit finanziert werden können, blieb offen. (dpa)

URTEIL

Grabstein-Verbot gekippt

Die Friedhofsatzung der Stadt Kehl, wonach nur ohne Kinderarbeit produzierte Grabsteine verwendet werden dürfen, ist rechtswidrig. Das entschied der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim und gab damit den Klagen von mehreren Steinmetzbetrieben recht. Das Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit sei nicht haltbar, weil nicht klar sei, wie die örtlichen Steinmetze die Herkunft aus fairer Produktion nachweisen sollten. So gebe es keine Siegel oder Zertifikate für ohne Kinderarbeit hergestellte Grabmale. (KNA)

PROZESS

S-21-Gegner will Mappus vor Gericht zitieren

Der beim eskalierten Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner schwer verletzte Rentner Dietrich Wagner will Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) vor das Stuttgarter Landgericht zitieren. Sein am „Schwarzen Donnerstag“ 2010 fast erblindeter Mandant fordere als Nebenkläger, dass Mappus im Prozess gegen zwei Polizisten wegen des Wasserwerfereinsatzes aussagt, berichtete Wagners Rechtsanwalt Frank-Ulrich Mann. (dpa)

HEILBRONN

Keine Einigung im Schlagloch-Streit

Im Prozess um ein Schlagloch in Heilbronn zwischen einem Autofahrer und der Stadt haben Kläger und Kommune keine Einigung erzielt. Johannes Krist war im Juni 2013 mit seinem Cabrio durch ein zwölf Zentimeter tiefes Schlagloch gefahren, wodurch Reifen und Felge beschädigt wurden. Er verklagte die Stadt wegen 500 Euro. Der Richter schlug vor, sich stattdessen auf einen Schadenersatz in Höhe von 320 Euro zu einigen. Dies war Krist jedoch nicht genug. (dpa)

Trillern für eine bessere Umweltpolitik

- 500 Demonstranten protestieren in Konstanz
- Umweltminister tagen heute am Bodensee
- Fracking und Freihandelsabkommen im Visier

VON CLAUDIA RINDT

Konstanz – Die Minister waren noch gar nicht angereist, da standen die Demonstranten schon bereit. An die 500 Umweltschützer, Vertreter von Bürgerinitiativen und der bäuerlichen Landwirtschaft haben gestern in Konstanz zu Lande und zu Wasser lautstark gegen die umstrittene Gasförderung durch Fracking und das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP demonstriert. Adressaten waren die Umweltminister von Bund und Ländern, die sich heute in der Bodenseestadt zu ihrer Konferenz treffen.

Brigitte Dahlbender, die Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), der zum Protest aufgerufen hatte, bezeichnete das geplante Abkommen als Angriff auf das Rechtssystem und die Demokratie. Sie sagte, mit der Vereinbarung würden Staaten den Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen aus der Hand geben. Unter dem Deckmantel des Abkommens drohe der Abbau von Umweltschutz-, Arbeitnehmer- und Bürgerrechten, lautet ihr Vorwurf.

Dahlbender bezeichnete es als große Gefahr, dass mit dem Abkommen zwischen Europa und den USA künftig die Interessen der Konzerne das Maß aller Dinge sein könnten. Weil bei gesetzlichen Verboten Klagen in Milliardenhöhe drohten, könnten Staaten nicht mehr eigenständig entscheiden, ob sie etwa bestimmte Fördermethoden wie das Fracking ablehnen wollten. Sie forderte, die Verhandlungen unverzüglich einzustellen und alle bisherigen Ergebnisse „in die Tonne zu treten“. „Wenn die Politik sich nicht behaupten kann, dann müssen wir Bürger das in die



Rund 500 Umweltschützer und Vertreter von Bürgerinitiativen demonstrierten gestern in Konstanz gegen die umstrittene Gasförderungsmethode Fracking. BILD: RINDT

Hand nehmen.“ Die Umweltschützerin kündigte eine Million Unterschriften gegen das Abkommen an. 450 000 seien schon gesammelt.

Anneliese Schmech von der Aktionsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fürchtet vor allem, dass mit dem Abkommen der Einzug der Gentechnik in der Landwirtschaft nicht mehr verhindert werden kann. Der Fracking-Experte Andy Gheorghiu warf der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg vor, nicht alle gesetzlichen Mittel ausgeschöpft zu haben, um die Verlängerung der Lizenzen für Fracking-Voruntersuchungen zu verhindern. Er forderte den Mut, alle rechtlichen Mittel zu ergreifen, und nicht nur „Lippenbekenntnisse“ abzulegen. Der

baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) hatte sich im Vorfeld der Ministerkonferenz für ein bundesweites Verbot von Fracking ausgesprochen.

Die Masse der Demonstranten war mit Plakaten, Kuhglockengeläut und Tröten vor das Inselhotel gezogen, dem Tagungsort für die Ministerkonferenz. Eine kleine Gruppe hatte mit Treibbooten einen Protestzug vor dem am Bodenseeufer liegenden Hotel gebildet. Bei der Konferenz heute soll es unter anderem um das Fracking gehen, bei dem mit hohem Druck ein Gemisch von Wasser, Sand und Chemikalien ins Gestein gepresst wird. Umweltschützer sehen Trinkwasservorkommen wie den Bodensee in Gefahr.

„Kein Fracking am Bodensee“



Rita Schwarzelühr-Sutter, 51, SPD-Umweltstaatssekretärin aus Waldshut, über Fracking und die Proteste am Rande der Umweltminister-Konferenz.

Zur Konferenz in Konstanz meldeten sich Demonstranten mit vielen Anliegen zu Wort. Wie gehen Sie damit um?

Ich freue mich über jeden, der sich für den Umweltschutz engagiert, ich komme ja selbst aus der Anti-Atom-Bewegung. In der Bundesregierung kann ich jetzt Verantwortung übernehmen und die Themen sachlich abarbeiten. Es gibt viel zu tun, zum Beispiel beim Fracking.

Erwarten Sie ein Nein zum Fracking?

Uns ist wichtig, dass der Schutz der Trinkwasserversorgung auf jeden Fall sichergestellt ist. Darum werden wir den Einsatz umwelttoxischer Substanzen beim Fracking verbieten. Im Umweltministerium bringen wir derzeit die notwendigen gesetzlichen Regelungen auf den Weg. Dabei werden wir Einzugsgebiete von natürlichen Seen und Talsperren besonders schützen. Damit ist klar: Am Bodensee wird es kein Fracking geben.

Wird es eine Wiederbelebung des europäischen Emissionshandels geben?

Wir tun jedenfalls alles dafür. In einem ersten Schritt werden ab jetzt insgesamt 900 Millionen Zertifikate aus dem Markt genommen. Aber das reicht noch nicht. Wir brauchen dringend Anreize, damit sich Investitionen in Klimaschutz wieder rechnen. Darum fordern wir eine wirksame Reparatur des Emissionshandels noch deutlich vor 2020.

Brauchen wir zur Energiewende, die ja besonders vor Ort in den Kommunen und in Bürgerunternehmen stattfinden soll, den Ausbau von Stromtrassen?

Wir sind ja nach wie vor ein Industriestaat und brauchen eine Versorgungssicherheit. Wir haben Offshoreparks und hoffentlich bald auch etwas mehr Windräder onshore bei uns in Baden-Württemberg. Aber wir brauchen für eine Versorgungssicherheit auch eine entsprechende Infrastruktur. Die besteht auch aus Stromtrassen und einem vernünftigen Nachfrage-Angebots-Management.

Die Demonstranten forderten auch strengere Regeln in der Agrogentechnik. Was antworten Sie ihnen?

Wir sind als Umweltpolitiker ganz klar auf der Seite der Gentechnik-Kritiker. Die SPD wirbt ja bereits seit Monaten dafür, dass wir den Anbau von Gempflanzen auf deutschem Territorium verbieten. Ein Vorschlag, der das ermöglichen würde, liegt derzeit in Brüssel vor. Wir im Umweltministerium setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung diesem Vorschlag zustimmt. Das zeigt übrigens auch den Demonstranten, dass sich beharrliches Engagement auszahlen kann.

FRAGEN: NILS KÖHLER

Bodenständiger Strippenzieher

Der frühere FDP-Staatssekretär Richard Drautz ist im Alter von 61 Jahren in Heilbronn gestorben. Rückblick auf eine Karriere

VON GABRIELE RENZ

Heilbronn – Richard Drautz ist tot. Der frühere Staatssekretär im Wirtschaftsministerium starb am Steuer seines Autos nach einem Herzinfarkt. Versuche, ihn wiederzubeleben, scheiterten. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer in Stuttgart und darüber hinaus. Der langjährige FDP-Politiker war eine markante Gestalt in der Landespolitik. Jeder, der auf den gelernten Weingärtner traf, vergaß ihn nicht so schnell. Schon seine etwas brüchige, hohe Füstelstimme, meist im hohen Singsang

seiner Heilbronner Heimat intonierte, hatte ein Alleinstellungsmerkmal im politischen Raum.

Ein großer Redner war er nicht, nicht einmal ein mäßiger. Dessen war sich Richard Drautz sehr wohl bewusst. Manche Anekdote verbindet sich mit dieser Schwäche. Nachfragen im schwarz-gelben Kabinett zu bestimmten Themen würgte der Wengerter mit dem barocken Bauchumfang schon mal mit dem Hinweis ab, das stünde jetzt nicht auf seinem „Zettel“. Im Landtag machten sich die Abgeordnetenkollegen der Opposition selten Geflücht darauf, eine spontane und zugleich fundierte Antwort zu bekommen. Der Landtagspräsident verdeutlichte in solchen Fällen, das Wirtschaftsministerium werde Auskunft bestimmen „nachreichen“.

Und trotzdem war Richard Drautz ein

anerkannter Politiker. Nicht nur in der Heilbronner Heimat, wo er 1986 Stadtverbandsvorsitzender der FDP und stellvertretender Kreisvorsitzender wurde. Aktuell bewarb er sich wieder für die FDP um ein Gemeinderatsmandat, er hatte also vor, zu seinen Wurzeln zurückzukehren. Auch im Landtag, wo er von 1992 bis 2006 saß, hatte Drautz eine gute Reputation. Trotzdem verpasste er die Wiederwahl. Es war schon ein besonderes Kunststück, dass er auch ohne ein Mandat von Wirtschaftsminister Ernst Pfister, der Drautz noch aus der Fraktionszeit verbunden war, 2006 zum Staatssekretär mit Stimmrecht im Kabinett gemacht wurde. Das regte zahlreiche Spekulationen an – von Drautz' Kenntnis mancher „Leiche im Keller“ bis hin zu seiner optimalen Verwurzelung in einer Partei, die sich zugute

tehielt, die Tradition des „ebbes Beck, ebbes Dokter“ zu pflegen.

Der Wengerter Drautz war der bodenständige, bürgernahe, leutselige Politiker der Liberalen. Und er war – wenig überraschend – genießerisch trinkfest wie kaum ein anderer Landespolitiker. Der Partei diente er 1999 bis 2006 als Schatzmeister. Er war berüchtigt als Strippenzieher, der es stets verstand, Insiderwissen für sich und seine Karriere zu nutzen. Aber ihn zeichnete auch großes Gespür für politische Winkelzüge und Strategien aus.

Drautz dachte immer in wirtschaftlichen Zusammenhängen. Bei der Handwerkerschaft, bei Mittelständlern kam er bestens an, er kannte ihre Sorgen. Wirtschaftsstaatssekretär und Nachfolger Ingo Rust (SPD) meinte, er sei „traurig über den Tod von Richard Drautz“.



Der FDP-Politiker und ehemalige Staatssekretär Richard Drautz ist im Alter von 61 Jahren gestorben. BILD: DPA